Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 77 (1983)

Heft: 12

Rubrik: Aus befreundeten Vereinigungen : Resolution der internationalen Konferenz christlicher Sozialisten in Bommersvik (Schweden), 18.-21. August 1983

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Resolution der internationalen Konferenz christlicher Sozialisten in Bommersvik (Schweden), 18.-21. August 1983
(angenommen durch Konsens)*

Die Teilnehmer der internationalen Konferenz christlicher Sozialisten in Bommersvik (Schweden), zusammengekommen aus 27 Ländern in Nord-, Zentral- und Südamerika, in Afrika und Europa, haben sich mit der Situation von Frieden und Arbeit beschäftigt — sowohl im Lichte des Evangeliums als auch vom Standpunkt einer sozialistischen Analyse der Gesellschaft aus. Sie haben sich auf die Probleme ihrer jeweils eigenen Länder konzentriert, wohl wissend, dass auch andere Teile der Welt unter Unterdrückung und Ungerechtigkeit leiden.

Entscheidung für den demokratischen Sozialismus

Als Christen unterschiedlicher Konfessionen stimmen die Delegierten ohne Einschränkungen folgendem Grundsatz zu: Jede politische, militärische, ökonomische oder soziale Bedrohung der Menschheit oder einzelner Personen ist gegen das Ebenbild Gottes gerichtet und kann nicht gerechtfertigt werden, weder durch moralische noch durch religiöse noch durch irgendwelche anderen Argumente.

Auch wenn wir uns die sozialistische Anschauungsweise dieser Welt aneignen, wissen wir doch, dass beide, privatkapitalistische und staatssozialistische (das englische Original schreibt: state capitalist) Wirtschaft und Kultur sich auf ein falsches und selbstsüchtiges Verständnis von Freiheit auf Kosten vieler anderer gründen. Wir meinen, dass Hunger, wachsende Arbeitslosigkeit und die weltweite Bedrohung des Weltfriedens Konsequenzen aus der ökonomischen und sozialen Ordnung beziehungsweise Unordnung des Kapitalismus sind.

Wir haben uns für den demokratischen Sozialismus entschieden. Er ist der Sinn und das Ziel einer pluralistischen Wirtschaft und Gesellschaft mit einer kontrollierten Entscheidungsgewalt über den Produktionsprozess und die Verteilung, indem auf allen Ebenen ein Maximum an demokratischer Mitentscheidung sichergestellt wird.

Unterstützung für das Albufeira-Manifest der Sozialistischen Internationale

Die Teilnehmer der internationalen Konferenz christlicher Sozialisten sind überzeugt, dass Armut und Arbeitslosigkeit sowohl in den industrialisierten Nationen als auch in der Dritten Welt in ursächlicher Beziehung stehen zu den Militärhaushalten. Waffen töten schon, bevor mit ihnen geschossen wird. Wegen dieser Beziehung zwischen dem Rüstungswettlauf auf der einen Seite und der allgegenwärtigen ökonomischen Krise andererseits sind wir überzeugt, dass allein Abrüstung die so verzweifelt benötigten Ressourcen freisetzen kann, um Millionen von Menschen vor dem Hungertod zu bewahren, um ausreichende und sinnvolle Arbeitsbeschaffungsprogramme durchzuführen, um Erziehung, Gesundheitswesen, soziale Absicherung und Aufbauprogramme zu finanzieren, die wiederum Arbeitsplätze für viele Menschen schaffen werden.

Viele Länder missbrauchen ihre landwirtschaftliche Überproduktion gegen Entwicklungsländer. Infolgedessen haben viele Völker ihre eigene landwirtschaftliche Produktion eingeschränkt oder ihre Ernährungsweise verändert. Das hat zu Arbeitslosigkeit von Menschen geführt, die bislang in der Landwirtschaft beschäftigt waren. Wir fordern alle Länder dringend auf, hierin einzuhalten und nicht länger Drittweltländer von Nahrungsmittelimporten abhängig zu machen.

Die Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit stellt ein fundamentales menschliches Recht dar und ist eine wesentliche Voraussetzung menschlicher Würde. Arbeitslosigkeit in den industrialisierten Ländern ist die Kehrseite der Ausbeutung von Arbeitskraft in der Dritten Welt. Diese Ausbeutung widerspricht zutiefst dem Wort des Papstes, nach dem Arbeit den Vorrang vor Kapital haben muss.

Deswegen begrüssen und unterstützen wir einmütig das Albufeira-Manifest der Sozialistischen Internationale. Wir betrachten es als grundlegende politische Analyse der gegenwärtigen Situation, als Richtschnur für weitere Massnahmen, überhaupt als ein Dokument der Hoffnung gegen die Hoffnungslosigkeit, die so viele bedrückt.

Die Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles — ein krimineller Akt gegen den Frieden

In der gegenwärtigen Situation zunehmender Bedrohung durch einen nuklearen Krieg, der ausgelöst werden könnte durch ein technisches Versehen oder sogar absichtlich von denen, die in Begriffen wie «begrenzter» oder «gewinnbarer» nuklearer Schlagabtausch denken, sehen wir es als einen Gehorsamsakt gegenüber unserem Glauben an, dass wir erklären: Weder der Gebrauch noch der Besitz von Nuklearwaffen ist mit moralischen oder vernünftigen Gründen zu rechtfertigen. Deshalb erklären wir mit besonderem Nachdruck, dass die geplante Aufstellung der Pershing 2 und Cruise Missiles in Westeuropa eine nicht zu rechtfertigen-

* Vgl. den Bericht von Hansheiri Zürrer über diese Konferenz im Oktoberheft (S. 309ff).

de Intensivierung der jetzt schon bestehenden nuklearen Bedrohung darstellt und als ein krimineller Akt gegen die Sehnsucht der Völker nach Frieden zu werten ist. Zugleich begrüssen wir, dass das wachsende Engagement für Frieden durch viele wohlbekannte Gruppierungen in der ganzen Welt eine starke Friedensbewegung hervorgebracht hat. Wir unterstützen einmütig diese Friedensbewegung. In ihrem Kampf geht es um Leben und Tod dieser Menschheit.

Ebenso begrüssen und unterstützen wir den Aufruf des Weltkirchenrates und der amerikanischen katholischen Bischöfe für eine nukleare und konventionelle Abrüstung. Wir sind dankbar, dass der Weltkirchenrat sich konsequent für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung einsetzt, und für seinen Kampf gegen Rassismus.

Apartheid als Bedrohung menschlicher Würde

Die Verweigerung fundamentaler Menschenrechte ist ein Wesenszug kapitalistischer Systeme in der Dritten Welt. Insbesondere klagen wir die Regierung Südafrikas an wegen ihrer Apartheidpolitik, ihrer illegalen Besetzung Namibias und weil sie eine Politik der Destabilisierung in den Nachbarländern betreibt. Ebenso klagen wir jene an, die zu dieser Politik beitragen, indem sie finanzielle, technologische und militärische Beziehungen mit Südafrika unterhalten, nur um ihres Profites willen. Wir verstehen, dass die unterdrückten Menschen den bewaffneten Widerstand gewählt haben als ein Mittel ihrer Selbstverteidigung in einer verzweifelten Situation.

Wir bitten Kirchen und sozialistische Bewegungen, sich für umfassende und durchgreifende ökonomische Sanktionen gegen Südafrika einzusetzen, alle wirtschaftlichen, sportlichen und kulturellen Beziehungen mit dem südafrikanischen Regime aufzugeben, alle Investitionen aus Südafrika und Namibia zurückzuziehen und die Befreiungsbewegungen SWAPO in Namibia und ANC in Südafrika materiell zu unterstützen.

Gerechtigkeit und Frieden für Lateinamerika

Die grosse Gefahr eines Krieges in Zentralamerika ist eine ernsthafte Bedrohung des Weltfriedens und würde unmessbare Folgen für ganz Lateinamerika haben. Deswegen ist es dringend, dass wir uns dieser Situation bewusst werden und wirksam reagieren, bevor es zu spät ist.

Wir unterstützen die Initiative der Contadoragruppe: Mexico, Panama, Venezuela und Kolumbien möchten den Frieden in Zentralamerika durch Gespräch und Dialog erreichen. Darüber hinaus hat diese Initiative den Vorteil, dass die Lösungsvorschläge von lateinamerikanischen Ländern selber kommen und nicht von den Vereinigten Staaten aufgezwungen werden.

Wir identifizieren uns mit dem Friedensvorschlag der Regierung in Nicaragua, der wesentliche Punkte für eine Befriedung Zentralamerikas enthält. Diese Vorschläge haben weithin Anerkennung in der Welt gefunden. Sie haben den Vorteil, dass sie mit der Position der Contadoragruppe übereinstimmen sowie mit der Erklärung von Cancun, die von den Präsidenten derselben Länder unterzeichnet wurde.

Der nicaraguanische Friedensvorschlag enthält folgende Punkte:

a) Es wird sofort ein Nichtangriffspakt zwischen Nicaragua und Honduras abgeschlossen.
b) Die sofortige Einstellung aller militärischen Unterstützung von allen Ländern an diejenigen, die an dem zentralamerikanischen Konflikt beteiligt sind.
c) Völlige Respektierung der Selbstbestimmungsrechte der beteiligten Nationen und Völker.
d) Keine Einrichtung fremder Militärbasen in Zentralamerika und die Aufgabe von Militärmanövern, die unter Teilnahme militärischer Kräfte durchgeführt werden.

Insbesondere fordern wir das Ende der grausamen Unterdrückung in Guatemala und in El Salvador, im besonderen das sofortige Ende des Völkermordes an der indianischen Bevölkerung von Guatemala. Wir fordern zu grösserer internationaler Solidarität auf, um das Leben von 300'000 Flüchtlingen in Zentralamerika zu retten, besonders derer, die am meisten bedroht sind: in Südmexiko, in Honduras und El Salvador.

Wir möchten die Tatsache betonen, dass der zentralamerikanische Konflikt nicht eine Folge des Kalten Krieges zwischen Ost und West ist. Vielmehr ist er das Ergebnis der Hoffnungen und des Rechts der zentralamerikanischen Völker, die gegenwärtigen Bedingungen von Ungerechtigkeit und Unterdrückung zu überwinden. In Zentralamerika kämpfen die Völker, die nach einem Leben in Arbeit, Frieden und Demokratie streben, gegen die egoistischen Interessen einer privilegierten Minderheit, die sich gegen jede Möglichkeit einer Änderung stellt.

Schlussfolgerungen

Es ist unsere religiöse Überzeugung, dass Jesus Christus mit denen ist, die arm sind, benachteiligt, gequält und vergessen. Er wurde ausserhalb der reichen Städte seiner Zeit geboren und in (die englische Originalfassung schreibt: outside) dem politischen und ökonomischen Zentrum seines Landes gekreuzigt. Wir glauben, dass Gott in den Befreiungsbewegungen gegenwärtig ist, die unterdrückten Menschen helfen, Freiheit und menschliche Würde zu erlangen. Wir haben uns als christliche Sozialisten dem Frieden und der Gerechtigkeit verschrieben und beschliessen diese Resolution als ein Zeugnis sowohl unserer politischen Überzeugungen als auch unseres religiösen Glaubens.

Bommersvik, den 20. August 1983
(Originalfassung in Englisch,
Übersetzung: Jürgen Finnern)